

14.03.2022

Studie: Pläne der EU-Kommission zu CO₂-Grenzausgleich und Emissionsrechtehandel gefährden klimaneutrale Zukunft der Stahlindustrie in Deutschland

Die Pläne der EU-Kommission zu einem CO₂-Grenzausgleich und zum europäischen Emissionsrechtehandel stellen den Erfolg der Transformation der Stahlindustrie hin zur Klimaneutralität massiv in Frage. So lautet ein zentrales Ergebnis der Studie „Transformationspfade der Stahlindustrie in Deutschland“, die von der Prognos AG im Auftrag der Wirtschaftsvereinigung Stahl erstellt wurde.

Mit dem Abbau der freien Zuteilung bis 2035 und der Einführung eines nicht wirksamen CO₂-Grenzausgleichs würden Produktionskapazitäten in beträchtlichem Maße verloren gehen. Die Produktion wie die CO₂-Emissionen verlagerten sich damit ins Ausland. Selbst bei idealtypischen Bedingungen drohen 40.000 Arbeitsplätze verloren zu gehen. Im schlimmsten Fall kollabiert die Hochofen-Konverter-Route, bevor die Transformation überhaupt starten kann. Ein Verlust von rund 200.000 Arbeitsplätzen und ein jährlicher Wertschöpfungsverlust von rund 20 Mrd. Euro wären laut Prognos die unmittelbare Folge.

Grundsätzlich ist die Transformation bei Setzung der passenden politischen Rahmenbedingungen laut der Studie aber machbar und dies kann schon in den nächsten Jahren massive CO₂-Reduktionen ermöglichen. Dafür ist es entscheidend, die Wirtschaftlichkeitslücke bei den neuen grünen Produktionsverfahren vollständig zu schließen, beispielsweise durch Klimaschutzverträge und künftig zunehmend durch die Etablierung grüner Leitmärkte. Gleichzeitig ist die gesamte Stahlindustrie auf einen umfassenden Carbon-Leakage-Schutz angewiesen, wie er durch Fortführung der freien Zuteilung auf derzeitigem Niveau im EU-Emissionsrechtehandel erreicht werden kann.

Dr. Michael Böhmer, Chief Economist Corporate Solutions Prognos AG:

„Unsere Studie zeigt, wie die Transformation der Stahlindustrie in Europa gelingen kann und welche Möglichkeiten die Politik hat, die zur Verfügung stehenden Instrumente klug miteinander zu kombinieren.“

Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl:

„Die Stahlindustrie braucht Instrumente, die den Unternehmen Spielräume für Investitionen in die grüne Transformation eröffnen. Die EU-Kommission nimmt aber mit ihren Plänen eine drastische Verteuerung der Produktion in Kauf, mit der Folge der Verkürzung von Investitionsmöglichkeiten. Darüber hinaus ist es gerade in einer Zeit höchster Verunsicherung allein hinsichtlich der Versorgungssicherheit ein Fehler, isoliert einen Grenzausgleich auf den Weg zu bringen, dessen Auswirkungen die Industrie massiv treffen werden.“

Dr. Martin Theuringer, Geschäftsführer Wirtschaftsvereinigung Stahl:

„Die Transformation kann ein Erfolg werden, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Dazu zählt ein effektiver Carbon-Leakage-Schutz als Basis. Ansonsten droht schon in diesem Jahrzehnt eine massive und schnelle Deindustrialisierung, wie die Prognos-Studie deutlich zeigt. Ohnehin erschweren die dramatisch gestiegenen Energiepreise den Einstieg in die Transformation. Umso wichtiger ist es, die Industrie vor weiteren Belastungen im internationalen Wettbewerb effektiv zu schützen.“

Ansprechpartner

Klaus Schmidtke
+49 (0) 30 23 25 546-15
klaus.schmidtke@wvstahl.de

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland mit ihren rund 85.000 Mitarbeitenden gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de.

Wirtschaftsvereinigung Stahl	Fon	+49 (0) 30 23 25 546-0	linked.in	www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigungstahl
Französische Straße 8	Mail	presse@wvstahl.de	Twitter	www.twitter.com/stahl_online
10117 Berlin			Facebook	www.facebook.com/stahlonline